

Nützliche Nachrichten 1/2008

Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, D-51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 9152539, BLZ 370 501 98, Stadtparkasse Köln

Redaktion: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz und Mani Stenner

Redaktionsschluss: 29. Januar 2008

dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

Der Kommentar

Religion als Opium zur Linderung ethnischer Wunden?

Von Jürgen Gottschlich

Die Prognose bedarf keiner besonderen politischen Weitsicht, dass auch 2008 die Kurdenfrage eines der beherrschenden Themen in der Türkei sein wird. Zwar hat die Armee sich in den ersten Tagen des neuen Jahres mit Angriffen auf die PKK im Nordirak zurückgehalten, doch das bedeutet keineswegs, dass die Operation beendet ist. Im Gegenteil, geht es nach den Erwartungen großer Teile der Bevölkerung, waren die bisherigen Militärschläge eher der Auftakt denn das Ende der Aktion. Der Bombenanschlag in Diyarbakir vor zwei Tagen und mehrere kleinere Attentate in Istanbul und Izmir verstärken diesen Eindruck. Die Behörden fürchten, dass die PKK ihre Drohung, den Krieg in die Städte zu tragen, jetzt wahr machen wird.

Doch erst einmal werden vorläufige Bilanzen präsentiert, die sich grundsätzlich unterscheiden: Laut türkischer Militärführung sind bei den Luftangriffen, die seit dem 16. Dezember gegen angebliche Stellungen der PKK geflogen wurden, mindestens 150 Guerilleros getötet und das Hauptquartier der PKK in den irakischen Kandil Bergen zerstört worden. Die PKK, so Generalstabschef Yasar Büyükanit, wisse nun, dass es für sie keinen sicheren Platz mehr gibt. Das sei der entscheidende Moment für die Kriegsführung. Nach Angaben der PKK sind dagegen lediglich fünf Kämpfer getötet und einige weitere verletzt worden. Statt Stellungen der Guerilla hätten die türkischen Kampfflugzeuge Dörfer irakischer Kurden bombardiert, Zivilisten getötet und tausende in die Flucht gezwungen. Die türkische Regierung bestreitet das und wird

darin indirekt von der nordirakischen Autonomieregierung bestätigt. Sie kritisierte die Luftangriffe zunächst heftig, verstummte dann aber.

Die PKK hat deshalb die Führer der nordirakischen Kurden heftig kritisiert. Sie wirft Nordiraks Politiker vor, sie würden Augen, Ohren und Mund schließen und so tun, als sei nichts gewesen. Sie würden mit dieser Haltung die gesamtkurdischen Interessen verraten, in der Hoffnung, ihr eigenes, südkurdisches Autonomiegebiet, zu retten. In der Tat ist dies die wichtigste Veränderung der Kräfteverhältnisse in den letzten Monaten. Die beiden entscheidenden Figuren der irakischen Kurden, der derzeitige irakische Staatspräsident Jelal Talabani und sein ewiger Konkurrent, der derzeitige Präsident des kurdischen Autonomiegebietes Massoud Barsani, haben schmerzhaft feststellen müssen, dass die USA sie im Konflikt mit der Türkei nicht mehr bedingungslos unterstützen.

Der Schwenk der gesamten US-Administration von Präsident Bush über das Außenministerium bis hin zum Pentagon muss die beiden Kurdenführer alarmiert haben. Das Barsani zu den türkischen Angriffen schweigt, hängt mit einem deutlichen Signal aus Washington zusammen. Zwei Tage nach dem Auftakt der türkischen Luftangriffe schwebte Condoleezza Rice überraschend in Kirkuk ein, um dort über eine Verschiebung eines Referendums, in dem über die Zugehörigkeit der Stadt und ihrer Ölfelder zum kurdischen Autonomiegebiet abgestimmt werden soll, zu verhandeln. Aus Protest weigerte sich Barsani, mit der US-Außenministerin zusammenzutreffen. Doch es nutzte nichts. Das Referendum wurde verschoben, und die türkischen Luftangriffe gingen mit Unterstützung der USA weiter.

Die Kurden verlieren in Washington an Gewicht. Seit die Lage in Bagdad und in einigen sunnitischen Provinzen sich langsam

bessert, ist von einer Teilung des Irak und einem Rückzug der US-Truppen in den Nordirak, den einzigen Landesteil, in dem sie willkommen sind, keine Rede mehr. Stattdessen gewinnt die logistische Unterstützung durch die Türkei an Gewicht. Um dies zu unterstreichen, hat Bush nach seinem Treffen mit Ministerpräsident Tayyip Erdogan nun Präsident Abdullah Gül zu einem Treffen am kommenden Dienstag eingeladen.

In Ankara ist man mit dieser Entwicklung sehr zufrieden. Dank der klugen "präventiven türkischen Diplomatie", wie die linksliberale "Radikal" schrieb, sei die Militäroperation nicht nur von den USA unterstützt sondern von Europa und den arabischen Ländern auch kaum kritisiert worden. Allerdings gibt es neben den Schulterklopfen auch Stimmen, die mit bohrenden Fragen die allgemeine Selbstzufriedenheit stören.

Yavuz Baydar, ein Kolumnist der regierungsnahen Zeitung "Zaman" schrieb unlängst: Wir haben den Stock gesehen, wo bleibt die Karotte? Was bislang aus Ankara über eine erweiterte Amnestie für PKK-Leute oder auch ein neues ökonomisches Paket für den Südosten zu hören sei, wäre völlig unbefriedigend. Es gehe darum, so Yavuz, dass die Kurden endlich über ihre kulturellen und politischen Rechte verhandeln wollen. Nur wenn die Kurden in diesen Erwartungen ernst genommen würden, könne man die PKK letztlich besiegen.

Doch genau danach sieht es derzeit wieder nicht aus. Parallel zu den Angriffen auf die PKK im Nordirak wird die politische Vertretung der kurdischen Nationalbewegung, die DTP, massiv unter Druck gesetzt. Der Parteivorsitzende Nurettin Demirtas wurde wegen nicht geleistetem Militärdienst einkassiert und sitzt nun im Arrest, bis er in der Armee antreten muss. Im Knast hätte er sicher größere Überlebenschancen.

Der Generalstaatsanwalt hat beim Verfassungsgericht ein Verbot der Partei beantragt und gegen etliche Funktionäre der Partei laufen bereits Strafverfahren, in der Regel wegen Unterstützung der PKK. Auch wenn Ministerpräsident Erdogan sich öffentlich gegen ein Verbot der DTP ausgesprochen hat, ist doch in den wenigen Monaten, seit das Parlament sich im Herbst erstmals mit einer kurdischen Fraktion konstituierte, klar geworden, dass die regierende AKP gar nicht daran denkt, mit der DTP gemeinsam die kurdische Frage anzugehen. Erdogan und seine Partei wollen der DTP und letztlich auch der PKK das Wasser abgraben, indem sie die muslimische Karte ausspielen. Kurden oder Türken, was soll's, in erster Linie sind wir doch alle Muslime.

Mit dieser Propaganda war die AKP schon bei den Parlamentswahlen im Juli bemerkenswert erfolgreich. Sie konnte bei der überwiegend sehr konservativen und religiösen kurdischen Bevölkerung bereits genauso viele Stimmen einsammeln, wie die explizit national-kurdische linke DTP. Dieser Erfolg soll bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 2009 komplett gemacht werden. Das Ziel der AKP ist es, in allen großen kurdisch bewohnten Städten die Bürgermeister zu stellen. Darauf wird die Kurdenpolitik in diesem Jahr abgestellt. Mögliche Amnestieangebote, soziale Verbesserungen, vielleicht noch einige freundliche Formulierungen in einer neuen Verfassung, die dieses Jahr verabschiedet werden soll, dienen dem Ziel, in den kurdischen Gebieten die Mehrheit zu erringen. Das ist zwar besser als die stupende Repression der letzten Jahrzehnte. Aber Religion als Opium zur Linderung ethnischer Wunden wird sich genauso als Irrweg der Geschichte erweisen, wie die erzwungene Assimilation früherer Jahre.

(taz, 5.1.08)

Ereignis-Kalender

Perspektiven für eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts

Bericht über die Konferenz in Berlin am 18.1.2008

Das Interesse war überwältigend. Wir hatten etwa 100 Teilnehmer erwartet. Es kamen jedoch über 250. Wir vom Dialogkreis, die wir die Konferenz vorbereitet hatten, fühlten uns in unserem Slogan bestätigt: „Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden.“ Erfreulicher Weise konnte das Abgeordnetenhaus Berlin einen größeren Saal zur Verfügung stellen, so dass alle gut untergebracht werden konnten. Die Simultanübersetzung war vorzüglich.

Das Ziel der Tagung war es, eine Strategie für eine friedliche Lösung des Konflikts zu diskutieren. Dazu hatten wir im Rahmen des Monitoring-Projekts ein Dossier, erarbeitet. Nach einer ausführlichen Begrüßung durch den Berliner Abgeordneten Gıyasettin **Sayan**, begründete Prof. Dr. Andreas **Buro** die Ziele der Konferenz. Er nannte 5 Prinzipien:

- Konflikttransformation von der militärischen auf die politische Ebene
- Vertrauensbildung durch einseitige Schritte und Vorleistungen
- Bekenntnis zu und Formulierung einer Politik der Aussöhnung und des gegenseitigen Respekts im Rahmen des Nationalstaates Türkei
- Lösungen mit Vorteilen für alle Seiten
- Leitfaden sind die Menschenrechte, nicht nationalistische oder separatistische Ziele

Es ginge nicht um Schuldzuweisungen an die jeweils andere Seite, sondern um die Frage, was könne jede Seite einseitig oder im Dialog für eine friedenspolitische Lösung tun.

In seinem einführenden Vortrag berichtete der Sprecher des Friedensrats der Türkei, Prof. Dr. M. Cengiz **Gülec** über die Arbeit dieser neu gegründeten Organisation. Die Intellektuellen seien in der Türkei auf dem Vormarsch und arbeiteten an eigenen Lösungen für den Konflikt. Die Kurden suchten eine friedliche Lösung nach Gesichtspunkten einer demokratischen Moral. Wichtig sei es, die kulturelle Identität der Kurden zu wahren. Die Verurteilung der kurdischen Seite als Terroristen müsse auch in Europa überwunden werden.

Die Vorträge und Diskussionen verliefen in drei Stufen, in denen jeweils aus türkischer, kurdischer und EU-europäischer Sicht vorgetragen wurde. In der ersten Stufe gab es aktuelle Analysen der Akteure im Konflikt und ihrer Interessen von Dr. Gülistan **Gürbey**, Mehmet **Sahin** und Prof. Dr. Udo **Steinbach**. Alle wiesen auf die gefährliche Situation hin und die Möglichkeit der Ausweitung des Konflikts zu einer regionalen Katastrophe. Dadurch wurde die Dringlichkeit einer friedlichen Lösung des Konflikts drastisch unterstrichen. Erstaunlich sei, wie wenig die EU den Ernst der Lage begriffen habe und wie untätig sie bleibe.

In der zweiten Stufe trugen der Journalist Rusen **Cakir** von der Tageszeitung **Vatan**, der Fraktionschef der DTP in der Großen Nationalversammlung Ahmet **Türk** und Prof. Dr. Udo **Steinbach** vor. Letzterer kritisierte, dass die Lösungsvorschläge aus dem Dossier mehr in die Zeit der 90er Jahre passen würden, als in die Gegenwart. Seither habe sich in der Türkei vieles positiv verändert. In der teils heftigen Diskussion wurde dem widersprochen und erneut auf die aktuellen Gefahren in der Gegenwart hingewiesen. Kontroversen ergaben sich auch mit Rusen Cakir, der unter anderem das Verhalten der kurdischen

Seite kritisierte hatte. Von der Moderation kam die Mahnung: "Wer Dialog wolle, müsse auch Dialog aushalten können."

In der Schlußrunde, die von Frau Dr. Gisela **Penteker** von der IPPNW moderiert wurde, sprachen: Frau Sebahat **Tuncel**, Mitglied der DTP-Fraktion, Prof. Dr. Norman **Paech**, Mitglied des Bundestages in der Fraktion Die Linke und Prof. Dr. M. Cengiz **Gülec**, Sprecher des Friedensrats der Türkei. Angelika Beer von den Grünen im Europa-Parlament konnte wegen einer Operation, Angelika Graf von der SPD Fraktion wegen Erkrankung nicht teilnehmen. CDU und FDP sahen sich nicht in der Lage, einen Vertreter zu entsenden. Gesprochen wurde über die tiefe Sehnsucht der Kurden nach Frieden und soziale Lernprozesse in der Türkei. Eine Kultur des Friedens gelte es zu entwickeln. Kritisiert wurde unter anderem, dass in Deutschland die Bedeutung der „Kurdenfrage“ noch immer nicht erkannt würde. Die EU müsse den Angriff des türkischen Militärs auf Nord-Irak unterbinden.

Prof. Dr. Andreas **Buro** konnte zum Abschluss Gemeinsamkeiten in der Diskussion zusammenfassen.

- Die Verurteilung der kurdischen Seite als terroristisch müsse aufgehoben werden, da diese Friedenspolitik national und international schwer behindere.
- Die kulturelle Identität der Kurden müsse anerkannt und auch in der Neufassung der Verfassung festgeschrieben werden
- Der Friedensrat der Türkei sei zu unterstützen in seinen Bemühungen um eine Lösung des Konflikts und um eine Kultur des Friedens
- Die Existenz der DTP dürfe nicht in Frage gestellt werden. Sie sei ein wichtiger Dialog-Partner für die Lösung des Konflikts
- Beide Konfliktparteien müssten auch die Gefahr einer Eskalation der gewaltsamen Auseinandersetzungen innerhalb der Türkei zur Kenntnis nehmen, die zu einer zunehmenden Verfeindung zwischen Türken und Kurden führen könne. Die Waffen nieder! Gelte für beide Seiten. Eine Ausweitung der Gewaltakte in die türkischen Städte wäre eine Katastrophe.
- Die EU und die EU-Staaten müssten endlich begreifen, dass es in ihrem ureigensten Interesse liege, den Konflikt friedlich beizulegen und damit eine gefährliche Ausweitung der Kämpfe zu verhindern, welche die ganze Region erschüttern könnten. Prof. Steinbach sei zuzustimmen, die Kurdenfrage könne die „Palästinenser Frage“ des 21. Jahrhunderts werden.
- Für die Türkei, die Mitglied der EU werden wolle, sei es unabdingbar, die dominante Rolle des Militärs zurück zu drängen
- Generell müsse an die Stelle der Politik der Konfrontation eine Politik der Aussöhnung treten.

Dieser kurze Bericht kann nicht die vielen differenzierten Argumente wiedergeben. Soweit uns Texte der Vorträge zur Verfügung stehen werden, wollen wir diese über unseren Verteiler der ‚Nützlichen Nachrichten‘ als Artikeldienst zugänglich machen.

Berichtersteller: Andreas Buro

PKK entschuldigt sich für Bombenanschlag in Diyarbakir

Die „Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans“ (KCK) hat sich bei der Bevölkerung Diyarbakirs für den Bombenanschlag vom 3. Januar 2008 entschuldigt. Dabei waren im Stadtzentrum sieben Menschen getötet und 68 weitere verletzt worden. Neben Soldaten waren unter den Opfern des Anschlags, der einem Militärkonvoi galt, zahlreiche Zivilisten, darunter Schüler einer benachbarten Schule.

In der Erklärung heißt es: „Einen Beschluss oder Plan, im Zentrum von Diyarbakir eine solche Aktion durchzuführen, gebe es nicht. „Die Recherchen, ob [die Aktion] auf regionaler Ebene und von autonomen Gruppen durchgeführt wurde, haben noch kein sicheres Resultat ergeben. Es bedarf nach wie vor weiterer Untersuchung, auf wessen Anweisung dabei gehandelt wurde. Der einzige Grund dafür, dass eine notwendige Erklärung zu diesem Thema so spät stattfindet, liegt in dem Wunsch, aus der Verantwortung heraus, die wir der demokratischen Öffentlichkeit und unserem Volk gegenüber empfinden, sichere und eindeutige Informationen weiterzugeben. Aufgrund der Komplexität des Themas sind noch nicht alle Dimensionen des Vorfalls geklärt. Sicher und eindeutig ist lediglich, dass unsere Bewegung dafür keine offizielle Verantwortung trägt. [...] Wer auch immer die Aktion durchgeführt hat, auch wenn sie von patriotischen Kreisen aus Protest gegen Militärpiloten durchgeführt wurde, in Hinsicht auf Zeit, Ort und Methode billigen wir diese Aktion nicht. Wir teilen mit, dass wir den Vorfall untersuchen und unsere Erkenntnisse mit der Öffentlichkeit teilen werden, sobald solche sicher vorliegen. Wir teilen den Schmerz der Angehörigen der Zivilisten, die bei dem Vorfall ums Leben gekommen sind und sprechen unser Beileid aus. Wir teilen weiter mit, dass wir in wirksamerer Form daran arbeiten werden, Aktionen im Befreiungskampf zu verhindern, die Zivilisten Schaden zufügen.“

(ANF, 7.1.08, ISKU; AFP, 8.1.08; Süddeutsche Online, 9.1.08; junge Welt und ANF, ISKU, 10.1.08)

Türkei fliegt Luftangriffe auf Irakisch-Kurdistan

Die türkische Luftwaffe und Artillerien haben seit dem 16. Dezember mehrmals Irakisch-Kurdistan bombardiert. Auf der Armee-Webseite des türkischen Generalstabs heißt es, die Luftwaffe habe "Stellungen der terroristischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)" angegriffen, sie seien "intensiv bombardiert" worden.

Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hatte erklärt, mit den Rebellen werde bald Schluss gemacht. Der Armee zufolge wurden bei den Angriffen türkischer Streitkräfte auf kurdische Rebellen in den vergangenen Wochen "hunderte Terroristen" getötet.

Die Luftangriffe der Türkei auf mutmaßliche Stützpunkte der PKK im Norden des Irak haben zu Spannungen zwischen Bagdad und Ankara geführt. Ankara wirft der irakischen Regierung vor, nicht entschieden genug gegen die PKK-Rebellen vorzugehen.

Die HPG bestätigten in einer Erklärung vom 16. Januar die Angriffe und gaben an, es habe bei der Guerilla keine Verluste gegeben, über erlittene zivile Verluste und den entstandenen Sachschaden bei der Dorfbevölkerung werde es zu einem späteren Zeitpunkt genauere Angaben geben.

Die türkischen Luftangriffe auf kurdische Ziele im Nordirak lösen Irritationen bei deutschen EU- Politikern aus. Der deutsche EU- Abgeordnete Herbert Reul (CDU) forderte in der "Bild"-Zeitung eine sofortige Einstellung der Angriffe. Reul sagte: "Die Türken müssen die Angriffe sofort stoppen. Alleingänge dieser Art sind nicht zu verantworten." Auch der EU-Abgeordnete Alexander Alvaro lehnt die türkischen Angriffe auf den Norden des Irak ab. "Die Angriffe verschärfen die Problematik nur. Die Türkei entfernt sich immer weiter von den Grundsätzen der EU", sagte der FDP- Politiker.

Dagegen äußerten die USA Verständnis für die jüngsten türkischen Angriffe auf Stellungen der PKK im Nordirak. Zugleich verwies das Weiße Haus am Mittwoch aber auch mit Sorge auf eine mögliche weitere Eskalation. "Die PKK ist eine terroristische Organisation", die den Irak destabilisiere, sagte Scott Stanzel, stellvertretender Sprecher des Weißen Hauses.

Er bestätigte, dass die US-Regierung in dieser Frage mit der Türkei zusammenarbeite und Geheimdienstinformationen geliefert habe. Zugleich sagte der Sprecher, Washington betrachte alles mit Sorge, "was zu einer Eskalation und zivilen Opfern führen könnte". Dies habe man der Regierung in Ankara deutlich gemacht.

Nach einer Bilanz der türkischen Armeeführung wurden im Nordirak zwischen dem 16. Dezember und dem 13. Januar mehr als 200 PKK-Ziele bombardiert und 150 bis 175 PKK-Kämpfer "außer Gefecht gesetzt". Staatspräsident Abdullah Gül äußerte sich unterdessen optimistisch über das Vorgehen gegen die PKK. "In der Sache kommen wir gut voran", sagte er vor Journalisten.

(Reuters, 11.1.08; Spiegel Online, hpg-online, 15./16.1.08, ISKU; RIA Novosti, 15.1.08)

Türkische Justiz ermittelt gegen Kinderchor

PKK-Propaganda mit Kinderstimmchen? Die türkische Staatsanwaltschaft ermittelt gegen einen Chor, der ein Lied der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) gesungen haben soll. Einigen älteren Sängern droht Haft.

Vier Sänger im Alter von 15 und 16 Jahren müssten bei einer Verurteilung mit jeweils bis zu fünf Jahren Haft rechnen, meldete die Zeitung "Radikal". Anlass für die Ermittlungen waren Berichte, der Chor aus der Großstadt Diyarbakir habe bei einem Besuch in den USA im vergangenen September ein PKK-Lied gesungen. Vier weitere Chormitglieder durften nach einer ersten Befragung durch die Staatsanwaltschaft wieder nach Hause gehen, weil sie noch nicht strafmündig sind.

Der Anwalt der beschuldigten Kinder, Baran Pamuk, nannte die Befragung der Minderjährigen durch die Anklagebehörde einen Skandal. Das beanstandete kurdische Lied aus Nordirak sei fast 70 Jahre alt und könne deshalb unmöglich ein PKK-Marsch sein. Es handelt sich bei dem Stück sowohl um die Nationalhymne der kurdischen Republik Mahabad, die 1946 gegründet wurde und lediglich ein Jahr bestand, als auch um die Hymne der Region Kurdistan im Nordirak. Der Chor hatte bei einem Festival in den USA Lieder in insgesamt acht Sprachen zum Vortrag gebracht.

(DIHA, 7.1.08, ISKU; ZEIT online und Tagesspiegel, 8.1.08)

IHD-Jahresbilanz 2007

Nach Angaben der Zweigstelle des Menschenrechtsvereins IHD in Diyarbakir sind im Jahr 2007 393 Menschen bei Gefechten ums Leben gekommen, davon 191 Sicherheitskräfte, 196 bewaffnete Militante sowie sechs Zivilisten. Hierbei handelt es sich um die höchste Zahl seit acht Jahren. Verletzt wurden bei Gefechten 343 Personen. 19 Personen sind bei extralegalen Hinrichtungen getötet worden, davon 17, die erschossen wurden, nachdem sie dem polizeilichen Befehl „Stehen bleiben“ nicht gefolgt waren. Weitere 17 wurden bei solchen Vorfällen verletzt. „Morden unbekannter Täter“ fielen 2007 nach IHD-Angaben 56 Personen zum Opfer. Drei Personen wurden aufgrund ihres Glaubens angegriffen und getötet. Durch Minen und andere Explosionen kamen 15 Personen ums Leben, davon neun Minderjährige. Verletzt wurden bei solchen Vorfällen 54 Personen, 22 davon Minderjährige.

An Folter- und Misshandlungsfällen finden sich 232 im IHD-Jahresbericht. Davon haben 61 auf Polizeistationen, 75 außerhalb offizieller Gewahrsamsorte sowie 68 in Haftanstalten stattgefunden.

Gegen 1528 Personen wurden Ermittlungsverfahren wegen freier Meinungsäußerung eingeleitet und 534 Personen deshalb verurteilt.

Die Leichname von insgesamt 53 HPG-Kämpfern wurden nicht an ihre Angehörigen übergeben.

(ANF, 16.1.08, ISKU)

Meinungsfreiheit 2007

Im BIA-Projekt zur Beobachtung der Medien wurde der Bericht für das Jahr 2007 herausgegeben. Demnach mussten sich 254 Personen wegen Meinungsäußerungen vor Gericht verantworten. Von ihnen waren 55 Personen wegen eines Verstoßes gegen Artikel 301 des türkischen Strafgesetzes (Beleidigung der Türkentums oder von Staatsautoritäten) angeklagt und sechs von ihnen wurden verurteilt. Insgesamt 83 Personen waren nach dem Anti-Terror-Gesetz angeklagt und 23 Angeklagte waren mit dem Vorwurf konfrontiert, zu Hass und Feindschaft aufgerufen zu haben.

Das Projekt zählte 34 Angriffe auf Journalisten und 12 Überfälle auf Medienorgane. Hierbei ist der Mord am armenischen Journalisten Hrant Dink im Januar 2007 hervorzuheben.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) fällte im Jahre 2007 62 Entscheidungen zur Meinungsfreiheit in der Türkei. Als Entschädigung wurde dabei auf insgesamt knapp 124.000 Euro entschieden. Im Jahre davor hatte der EGMR in 45 Fällen auf eine Entschädigung von insgesamt 221.000 Euro entschieden.

(Netzwerk BIA, 16.1.08; TIHV, Woche 3/2008, Demokratisches Türkeiforum, info@tuerkeiforum.net, www.tuerkeiforum.net)

DTP geht in die Berge

Aus Protest gegen die fortgesetzten Militäroperationen im In- und Ausland plant die DTP eine Massendemonstration in die Berge von Sirnak. Wie der stellvertretende DTP-Vorsitzende Kamuran Yüksel mitteilte, soll die Aktion vom 4. bis zum 6. Februar stattfinden. Von Istanbul aus findet eine Fahrt über Diyarbakir nach Sirnak statt, wo eine Deklaration veröffentlicht

werden soll. „Dieses Mal möchten wir nicht wie sonst in Veranstaltungsräumen, sondern direkt am Fuß der Berge, in denen der Krieg stattfindet, eine Deklaration veröffentlichen. In Diyarbakir ist eine Massenkundgebung geplant, für die Demonstration selbst wird eine Beteiligung von mehreren Tausend Menschen erwartet. Bis zu diesem Zeitpunkt soll mit weißen Tüchern an Häusern und Autos für den Frieden geworben werden. Ziel der geplanten Aktion in Sirnak ist es, die türkische- und die Weltöffentlichkeit zu demokratischen Projekten für eine Lösung der kurdischen Frage und ein Ende der Kriegspolitik aufzurufen.

(ANF, 16.1.08, ISKU)

Zehntausende gedenken Hrant Dink

Am Jahrestag der Ermordung des Chefredakteurs der Zeitung Agos haben sich in Istanbul vor dem Zeitungsgebäude Zehntausende Menschen im Gedenken an Hrant Dink versammelt. Seine Witwe hielt eine Ansprache, in der sie erneut Gerechtigkeit forderte. Auch in vielen anderen Städten der Türkei fanden Gedenkveranstaltungen statt.

Viele von ihnen legten rote Nelken an der Stelle nieder, an der Dink am 19. Januar 2007 von einem mutmaßlich rechtsextremen Jugendlichen am helllichten Tag erschossen worden war. Auf Plakaten stand: „Für Hrant, für die Gerechtigkeit“.

Seine Frau Rakel Dink sagte bei der Gedenkveranstaltung, sie werde weiter für die Aufklärung des Mordes kämpfen. Die Justizbehörden seien vielen Hinweisen auf eine Verwicklung staatlicher Stellen in das Mordkomplott gegen ihren Mann nachgegangen.

Daß staatliche Stellen in das Attentat verstrickt sind und die Aufklärung der Hintergründe aus diesem Grunde ins Stocken geraten ist, steht für viele außer Frage.

Zum ersten Jahrestag des Mordes an Dink rief amnesty international (ai) die türkische Regierung auf, jede Form der Intoleranz grundsätzlich zu verurteilen und alle Täter und Mittäter gemäß internationalen Standards vor Gericht zu bringen. „Die Ermittlungen müssen dringend auf alle Aspekte der Ermordung ausgedehnt werden“, erklärte Barbara Neppert, Türkei-Expertin von ai. „Ein Jahr nach der Tat liegen zu viele Umstände des Mordes immer noch im Dunkeln.“

(ANF und Standard, 19.1.08, ISKU; junge Welt und mesop, 21.1.08)

Protestanten fühlen sich in der Türkei bedroht

Protestantische Christen fühlen sich in der Türkei bedroht. Das geht aus einem Bericht des "Türkischen Verbandes Protestantischer Kirchen" zur Lage religiöser Minderheiten hervor, der der Menschenrechtskommission des Parlaments in Ankara übermittelt wurde. 2007 sei ein "dunkles Jahr für nicht-muslimische Gruppen" in der Türkei gewesen, wird in dem Dokument betont.

Das schlimmste Ereignis war die Ermordung dreier protestantischer Christen in einem Bibel-Verlagshaus in der Stadt Malatya durch türkische Ultra-Nationalisten. Allerdings habe es sowohl vor als auch nach den Morden von Malatya Angriffe auf Gebetsstätten, Drohungen und offene Diskriminierung gegeben. Die Ereignisse von Malatya zeigten,

wie viel Leid provokative Kampagnen hervorrufen könnten, heißt es in dem Bericht.

Das Dokument wurde dem Vorsitzenden der Menschenrechtskommission, Zafer Uskul, übergeben, der in Malatya den Prozess gegen die Mörder der drei Christen beobachtete. In dem Bericht werden kürzlich an Nicht-Muslimen begangene Menschenrechtsverletzungen beschrieben. Die Verfasser beklagen zugleich, dass viele der in Angriffe auf Christen involvierten Verdächtigen weder ausfindig gemacht geschweige denn festgenommen worden seien.

"Ungeachtet der Tatsache, dass die Glaubensfreiheit durch die Verfassung geschützt wird, war im letzten Jahrzehnt die Entwicklung von Kampagnen zu beobachten, deren Ziel das Anprangern, Verleumden und Provozieren nicht-muslimischer Gruppen ist. Im Zuge dieser Kampagnen hat es auch physische Angriffe auf diese Gruppen gegeben", wird in dem Bericht beklagt. Die Verfasser erheben auch Vorwürfe gegen die türkische Presse. Desinformation habe dazu beigetragen, dass Nicht-Muslimen zu Zielen von Angriffen radikaler Kreise geworden seien.

(Die Presse Wien und APA, 20.1.08, Standard, 21.1.08)

„Kunstwerk“ mit eigenem Blut

Der Nationalismus in der Türkei treibt seit den massiven militärischen Auseinandersetzungen mit der kurdischen PKK Ende letzten Jahres immer seltsamere Blüten. Jetzt hat eine Gymnasialschulklasse dem Land gezeigt, was wahrer Patriotismus ist.

Zwei Monate lang zapfte sich jeder Schüler und jede Schülerin der Klasse jeden Tag in Eigenbehandlung Blut ab, bis sie am Ende genug für ihr großes Werk zusammenhalten: eine türkische Fahne zu malen.

Die Fahne widmeten sie den im Kampf gegen die PKK gefallenen Soldaten und schickten sie an den Generalstabschef Yasar Büyükanit nach Ankara. Büyükanit, selbst Nationalist durch und durch, rühmte mit Tränen in den Augen die Haltung der Schüler.

Anderen ging das denn doch zu weit. Etliche Kommentatoren schüttelten den Kopf und die Schulaufsichtsbehörde ordnete eine Untersuchung an, um herauszufinden, wer im Lehrkörper die Jungen und Mädchen dazu gebracht haben könnte, ihre Liebe zum Vaterland per Selbstverstümmelung zu demonstrieren. Ergebnis: niemand. "Es war ganz allein unsere eigene Idee", verkündete die Schulklasse stolz.

(taz, 19.1.08)

Nach Susurluk, Sauna, Atabeyler und Semdinli nun die Ergenekonbande: Türkische Gladio

38 Menschen sind in der Türkei festgenommen worden. Sie sollen Mordanschläge auf mehrere Prominente geplant haben. Die Verdächtigen gehören zu einem nationalistischen Geflecht, das man in der Türkei lange gewähren ließ. Unter ihnen ist ein Mann, der mit einem spektakulären Mord in Verbindung gebracht wird.

1999 gab sich in der Türkei eine Geheim-Organisation namens "Ergenekon" (der Name der mythischen Urheimat der Türken) eine neue Satzung für das 21. Jahrhundert. Von der Verteidigung der Prinzipien des Kemalismus war da die Rede, gegen feindliche ausländische Mächte, die die Türkei teilen wollten,

gegen kurdische Separatisten und gegen türkische Intellektuelle, die den Feinden helfen. Kämpfen musste man dem Dokument zufolge gegen "Nachrichtendienste sowie legale und illegale Organisationen", und zu den akzeptablen Mitteln dieses Kampfes gehörten politische Morde, Drogenhandel, Zusammenarbeit mit dem organisierten Verbrechen. So zumindest zitieren viele Tageszeitungen das Dokument.

Die Verschwörer beließen es nicht bei Worten, sondern griffen den Ermittlern zufolge zu Gewalt. Der Organisation wird gegenwärtig unter anderem vorgeworfen: Der Priestermord an Andrea Santoro, ein Anschlag gegen die kemalistische Zeitung Cumhuriyet, der Mord an Verwaltungsrichter Mustafa Yücel Özbilgin, illegaler Waffenbesitz (aus Militärbeständen), Bildung einer terroristischen Vereinigung und Verschwörung zur Ermordung zahlreicher prominenter Intellektueller und Politiker. Zu den Menschen, die zum Wohl der Nation sterben sollten, gehörten unter anderem Literatur-Nobelpreisträger Orhan Pamuk, die prominenten Kurden-Politiker Ahmet Türk, Leyla Zana und Osman Baydemir, und der Journalist Fehmi Koru.

Zwei Jahre lang ermittelte die Polizei. Nun schlug sie los: Bei einer Razzia in sechs Städten wurden 33 mutmaßliche "Ergenekon"-Mitglieder festgenommen.

Der berüchtigtste Mann unter den Festgenommenen ist einer, von dem in der Türkei wohl niemand gedacht hätte, dass er jemals verhaftet werden würde: Der Name von Veli Küçük, eines pensionierten Brigadegenerals der Gendarmerie, wurde in fast allen politischen Mordfällen der letzten Jahre genannt. Hrant Dink, der vor einem Jahr ermordete armenische Publizist, wusste genau wer Küçük war: Dink war unter dem polizeistaatlichen Artikel 301 reihenweise angeklagt, die "Ehre" der Türkei oder des Militärs besudelt zu haben. Als Küçük in einem von Dinks Prozessen auftauchte, verstand der Publizist nach seinen eigenen Worten endgültig, dass er in Lebensgefahr war. Bald danach war er tot.

Die türkische Presse berichtet, mit Waffen aus dem Lager, das im vergangenen Juni im Istanbuler Stadtteil Ümraniye ausgehoben wurde und Tekin gehörte, seien siebzehn Attentate verübt worden, unter anderem im Frühjahr 2006 jene auf die Zeitung "Cumhuriyet" und den Richter Özbilgin. Für beide waren Islamisten verantwortlich gemacht worden. Auch der mit Sprengstoff beladene Kleinbus, der am 11. September 2007 in einem Parkhaus von Ankara entdeckt worden war, stammt von "Ergenekon". Ismet Berkan, der Chefredakteur der liberalen Zeitung "Radikal", schreibt, Ziel der Destabilisierung sei der Sturz der Regierung Erdogan und die Einsetzung einer nationalistischen Regierung. Einige Etappenziele erreichten sie. Nach dem Mord an Özbilgin setzten "Kundgebungen für den Laizismus" ein. Mit Hilfe von Gruppen, in denen pensionierte Militärs das Sagen hätten, seien sie im vergangenen Frühjahr in zu Massenkundgebungen gegen die Regierung Erdogan übergegangen, schreibt Berkan.

General Küçük ist der Drahtzieher von "Ergenekon", Kemal Kerincsi ihr Anwalt. Der hatte die Anklagen gegen Orhan Pamuk, Hrant Dink und andere Intellektuelle auf der Basis des Paragraphen 301 eingeleitet. Küçük war der Letzte, der in der Nacht zum 4. November 1996 mit dem Mafiaboss Abdullah Catli telefoniert hatte. Dann raste dessen schwarze Luxuslimousine nahe der Stadt Susurluk in einen unbeleuchteten Lastwagen. Mit Catli starben im selben Wagen der Chef der Polizeiakademie Istanbul, Hüseyin Kocadag, und eine Schönheitskönigin. Der kurdische Abgeordnete der "Partei des Wahren Weges", Sedat Bucak, überlebte. Im Wagen fand man Waffen der türkischen Sicherheitskräfte, Catlis Diplomatentasche und seinen

Waffenschein, den der damalige Innenminister Mehmet Agar ausgestellt hatte.

Denn Agar hatte an Bucak, den Chef eines großen kurdischen Stamms, Waffen zum Kampf gegen die PKK ausgeteilt. Er traute ihm aber nicht und beauftragte Catli mit dessen Überwachung. Ein anderer prominenter Mafiaboss, Alaaettin Cakici, der wie Catli von Politikern und Geheimdienstlern gedeckt wurde, kam als Süleyman Cakir in der umstrittenen Fernsehserie "Tal der Wölfe" wieder zu Ehren. Küçük war auch dort Ideologe und Organisator. Er hatte die Ideologie des "Kizilelma" formuliert, die Ideologie des "Roten Apfels", zu der sich rechte und linke Nationalisten zusammenfinden. So hatte Ziya Gökalp, der Vordenker des türkischen Nationalismus, das Idealland der Türken genannt. Sie alle sehen die Türkei durch die EU und die Vereinigten Staaten von außen bedroht, von innen durch die Kurden und die Christen. Küçük hatte auch "Jitem" gegründet, die berüchtigte Einheit für "Nachrichtendienst und Terrorabwehr der Gendarmerie", die in den 90er Jahren Hunderte von kurdischen Politikern und Menschenrechtlern ermorden ließ. Ihre Leute verübten am 9. November 2005 in der kurdischen Kleinstadt Semdinli einen Anschlag, der die türkisch-kurdische Spirale der Gewalt in Gang setzen sollte, aber aufflog. Susurluk und Semdinli sind für die Kurden und Türken zu Beweisen für die Existenz eines "tiefen Staats" geworden. Seine Strukturen waren lange undurchsichtig.

Ein Bild, das nun die Runde macht, zeigt, wie der pensionierte Hauptmann Tekin, der Herr über das Waffenlager von Ümraniye, bei einer Kundgebung die Hand von Küçük küsst. Tekin ist seit vergangenem Juni in Haft. Bei ihm fand die Polizei auch das streng vertrauliche "Rote Buch" des Nationalen Sicherheitsrats, das selbst einem neuen Ministerpräsidenten erst nach Dienstantritt überreicht wird, und ebenso streng vertrauliche Protokolle dieses Rats. Nach Susurluk hatte das Militär die Verhaftung von Küçük noch verhindert. Nun sitzt auch er zumindest in Haft, zusammen mit weiteren Ex-Offizieren, Mafiabosse und Ultrakemalisten, unter dem Vorwurf der Bildung einer terroristischen Vereinigung. Ihnen wird unter anderem vorgeworfen, die Ermordung einer Reihe prominenter Persönlichkeiten des öffentlichen, intellektuellen und politischen Lebens geplant zu haben, darunter Literatur-Nobelpreisträger Orhan Pamuk, der kürzlich abgelöste Chef der Kurdenpartei DTP, Ahmet Türk, Leyla Zana und anderer. Zu den prominenten Verhafteten gehört auch der pausenlos vor Gericht ziehende Rechtsanwalt Kemal Kerincsi. Er war es, der Pamuk, Dink, und die Schriftstellerin Elif Safak vor Gericht brachte.

Eine Frage wird sicher bald sein, ob es eine übergeordnete Ebene gab, oder ob die Verhafteten auf eigene Rechnung handelten. Wie "tief" ist der "tiefe Staat", von wo kommen die Befehle? 2006 schrieb der Journalist Mehmet Altan, 1996 habe der spätere Ministerpräsident Mesut Yılmaz einen Brief an den damaligen Staatspräsidenten geschrieben, wonach seinen Informationen zufolge "100 bis 120 Mörder im Auftrag des Staates töten" und nebenbei Drogenhandel und Glücksspiel organisieren - mit "Staat" ist in der Türkei nie die Regierung gemeint, sondern die politische Kontrollebene der Militärs. Der Brief blieb ohne Folgen, wie auch alle politischen Morde, die diesen Netzwerken vorgeworfen wurden, ungeklärt blieben. Wird die AKP-Regierung nun gegen die Gladio, die türkische Konterguerilla, vorgehen?

(Welt Online, 23.1.08; Spiegel Online, FR und Der Tagesspiegel, 24.1.08; FAZ, 25.1.08; yahoo, 27.1.08; FAZ, 28.1.08)

Türkei: Meiste Verstöße gegen Menschenrechte

Kein anderes Land in Europa verstößt häufiger gegen Menschenrechte als die Türkei. Das geht aus den Akten des Europäischen Gerichtshofs hervor, der die Türkei im vergangenen Jahr 319 Mal schuldig gesprochen hat - meist wegen überlanger Haftstrafen und unfairer Prozesse.

Das Gericht verhängte im vergangenen Jahr 1.503 Urteile und sprach 27.000 Beanstandungen aus. Die meisten gegen die Türkei. Russland belegt mit 175 Verurteilungen einen traurigen zweiten Platz. Die wenigsten Beanstandungen gab es gegen Deutschland: Nur sieben Mal wurden die hiesigen Gerichte verurteilt.

Wenn es nicht um die Zahl der Verurteilungen, sondern um die Zahl der Anzeigen geht, hat allerdings Russland die Nase vorn mit 20.300 Beschwerden. Hier steht die Türkei an zweiter Stelle: Gegen sie liegen 9150 Beschwerden vor.

(Mesop, RPO und die Zeit, 23.1.08)

KabelBW stoppt Empfang von Roj TV

Die Firma Kabel BW mit Sitz in Baden-Württemberg hat den Empfang von Roj TV gestoppt. Auf beharrliches Nachfragen der in Karlsruhe ansässigen kurdischen Gesellschaftsinitiative erklärte ein Firmensprecher, diesem Schritt liege keine juristische Entscheidung zugrunde, vielmehr habe man von „bestimmten Stellen“ eine entsprechende „Direktive“ erhalten. Ein Sprecher der kurdischen Initiative teilte daraufhin mit, die Einstellung des Kabelempfangs von Roj TV sei nicht rechtens und man werde den Rechtsweg gehen. Außerdem können die Kunden die Firma schriftlich oder telefonisch dazu aufzufordern, den Empfang von Roj TV weiter zu ermöglichen. Kabel BW ist telefonisch kostenlos über die Nummern "08008888224" und "08008888112" sowie postalisch über die Adresse Kabel BW GmbH, Postfach 900131, 75090 Pforzheim, zu erreichen.

(Yeni Özgür Politika, 21.1.08, ISKU)

Hinweis auf sonstige Infostellen

Azadi, azadi@t-online.de; www.nadir.org/azadi/
Demokratisches Türkeiforum, info@tuerkeiforum.net,
www.tuerkeiforum.net
ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., isku@nadir.org;
www.nadir.org/isku/
Koalition für einen Demokratischen Irak (KDI), kdi@gmx.net
Koalition Demokratisches Syrien (KDS), kds-info@gmx.net
Kurdisches PEN-Zentrum, webmaster@pen-kurd.org,
www.pen-kurd.org/
Kurdistan Report, www.kurdistanreport.de
Kurdistan Rundbrief, www.kurdistan-rundbrief.de
Mezopotamian Development Society, MESOP@online.de,
www.mesop.de
NAVEND – Zentrum für kurdische Studien e.V., info@navend.de,
<http://www.navend.de/>
Österreichisch-Kurdische Gesellschaft für Wissenschafts- und
Kulturaustausch, office@ok-gesellschaft.at,
www.ok-gesellschaft.at/
The Turkish Economic and Social Studies Foundation (TESEV),
www.tesev.org.tr/eng/
Zentrum für Türkeistudien, www.zft-online.de